

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 90 (2010)
Heft: 978

Artikel: Widerspruch! : Ein offener Brief an Roger de Weck
Autor: Scheu, René
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-168516>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 03.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Widerspruch!

Ein offener Brief an Roger de Weck – von René Scheu

Lieber Herr de Weck

Sie sind der neue SRG-Generaldirektor. Ich gratuliere Ihnen zur Wahl in dieses anspruchsvolle Amt.

Der Grund meines Schreibens ist freilich ein anderer. Es geht um Ihr Buch «Nach der Krise. Gibt es einen anderen Kapitalismus?». Ich bin immer wieder darauf angesprochen worden und habe es nun endlich gelesen. Die Lektüre war durchaus erhellend.

Sie treffen mit Ihren Ausführungen einen Nerv unserer Zeit – den populären Antikapitalismus. Sie kritisieren die «Eigennutzmaximierer» in den Chefetagen der Grossunternehmen und setzen sie mit denjenigen gleich, die Sie «Ultraliberale» nennen. Warum aber diese Vorsilbe «ultra», die suggeriert, der Liberalismus sei eine Frage des Masses und nicht des Prinzips? Liberale befürworten Privateigentum, Unternehmertum und eine freie Marktwirtschaft. Sie, lieber Herr de Weck, fordern dagegen eine Relativierung des Eigentums (Eigentum als Leihgabe, die dem Gemeinwohl «demokratisch» dienstbar gemacht wird), neue Sozialunternehmen, in denen die Arbeiter mitbestimmen, und einen gedämpften Marktmechanismus mit gesellschaftlich definierten Zielvorgaben. Und dies propagieren Sie als neuen Liberalismus. Mir scheint, dass hier einiges durcheinandergerät – das ist der Grund, warum ich Ihnen schreibe.

Der von Ihnen geschätzte und für Ihre Argumentation herangezogene Nationalökonom Joseph Schumpeter versuchte, das nahende Ende des Kapitalismus in seiner klassischen Form zu begründen: die «freie Unternehmungswirtschaft» geht ihm zufolge nicht wie bei Marx an ihren inneren Widersprüchen, sondern an ihrem Erfolg zugrunde. Früher oder später werde der Sozialismus den Kapitalismus beerben, wobei Schumpeter unter dem Sozialismus eine Gesellschaftsordnung verstand, «in der die öffentliche Gewalt – an Stelle von privateigenen und privat geführten Unternehmen – sowohl über die Produktionsmittel verfügt, als auch darüber entscheidet, wie was produziert werde und wer was erhalten soll» («Marsch in den Sozialismus», 1950).

Schnee von gestern? Nein, denn Schumpeter zeigt mit visionärer Luzidität, dass die «Verflüchtigung der Eigentums-substanz» längst begonnen hat, und zwar mit dem Erfolg der grossen anonymen Aktiengesellschaften («Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie», 1946). Damit einher geht die Wandlung vom eigentlichen Unternehmer- zum Angestelltenkapitalismus, von der Verantwortungs- zur Gesinnungs-

ethik, vom Risikobewusstsein zur Sicherheitsmentalität, vom langfristigen zum kurzfristigen Denken, vom Gewinn als Resultat dessen, dass das Unternehmen die Bedürfnisse der Konsumenten zu befriedigen vermag, zum Gewinn als Selbstzweck im Sinne pekuniärer Eigennutzmaximierung.

Diese moderne, eigentümerlose Ordnung der anonymen Grossunternehmen nennen Sie «Turbokapitalismus» und «Raubtierkapitalismus». Das ist alles zeitgeistgemäss korrekt formuliert, nur: was hat diese Ordnung mit einer «freien Unternehmungswirtschaft» – also mit dem Kapitalismus – zu tun?

Die gegenwärtige Krise wurde nicht durch zu viel, sondern durch zu wenig Unternehmertum hervorgerufen. Nicht durch zu wenig, sondern durch zu viel staatliche Garantien und Regulierung. Das Zusammenspiel von Big Business und Big Government ist heute der Normalzustand: staatliche Förderung der Eigenheimbesitzer, implizite Staatsgarantie für die Grossbanken, enger Kontakt zwischen Berufspolitikern und Lobbyisten, Wechsel von Managern in die Politik und vice versa – die Verflechtungen sind hinreichend bekannt.

Am stossendsten aber sind die Zentralbanken. Sie verfügen über das – staatlich garantierte – Geldmonopol und handeln dabei letztlich im Dienste der Politik. Wenn das Geld keinen Preis mehr hat, muss man sich nicht wundern, wenn eine Blase nach der anderen entsteht – und die Investmentbanken gut daran verdienen.

Schumpeter hat all dies bereits in den 1940er Jahren klar erkannt. Er hat beschrieben, wie nicht nur die meisten «Sozialökonomien», zu denen Sie sich auch zählen, sondern auch die meisten Angestellten und Aktionäre ein System gutheissen, in dem das Eigentum nicht mehr eine Verpflichtung darstellt, sondern nur noch einen Spieleinsatz. So sind wir alle zu Abzockern geworden.

Wir brauchen deshalb keine neue «öko-soziale Marktwirtschaft» (wie Sie fordern), in der die Gesellschaft demokratisch darüber entscheidet, was wie produziert werden soll. Das wäre nach Schumpeter mehr schlecht als recht getarnter Sozialismus. Wir brauchen wieder mehr freies Unternehmertum, in dem Risiko und Rendite ebenso aneinandergelockt sind wie Freiheit und Verantwortung.

Als SRG-Generaldirektor sitzen Sie an der heiklen Schnittstelle von Staat, Marktwirtschaft und Kultur. Ich wünsche Ihnen für diese herausfordernde Aufgabe viel Erfolg. Mit besten Grüssen

René Scheu